

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
 A. Debel, Petersstraße 18,
 F. Thiele, Emilienstraße 2.

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Abonnementspreis:
 für Preußen incl. Stempelsteuer 15 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.
 Filialexpedition für die Vereinigten Staaten:
 F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N.J. via New York

Der Volksstaat

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Wir machen unsere Leser auf die in der heutigen Nummer befindliche Partie aus der Geschichtsabhandlung „Zur Erinnerung für die deutschen Nordpatrioten“ ganz besonders aufmerksam, wegen der darin geschilderten Rolle, welche ein Hohenzoller vor 64 Jahren in Deutschland spielte.

Alle Zuschriften in allgemeinen Parteianglegenheiten, namentlich auch um Programme, Statuten, Karten u. s. w. sind zu richten an:

Sekretär **Th. Jora**, St. Georg Schulzweg 23 Hamburg.
 Die Parteibeiträge, freiwilligen Beiträge, Beiträge für den Fond der politisch Gemäßigten u. s. w. sind zu senden an:

Kassirer **H. Vennede**, Al. Schäferkamp 46a. Hamburg.
 Beiträge für den „Volksstaat“ und Briefe in Redaktionsangelegenheiten müssen adressiert sein:

An die Redaktion des „Volksstaat“, Peterssteinweg 13. Leipzig.

Zuschriften, betreffend den Versandt des „Volksstaat“, Bestellungen auf Parteischriften, sowie Geldsendungen für das Blatt und entnommene Schriften sind zu adressieren:

Expedition des „Volksstaat“, Petersstraße 18. Leipzig.

Beschwerden über den Ausschuss und die sonstigen Parteiorgane sind zu richten an den Vorsitzenden der Kontrollkommission:

Theodor Metzner, Landwehrstr. 5—6 Berlin.

An die Parteigenossen.

Da der deutsche „Reichstag“ wahrscheinlich schon in 4—5 Wochen zusammentritt und es dringend notwendig ist, daß die zahlreichen Maßregelungen unserer Parteigenossen in demselben zur Sprache gebracht werden, so ersuchen wir dringend, alles auf diese Maßregelungen (Einsperrungen, Hausfuchungen, Ausweisungen etc.) bezügliche Material, namentlich auch die Denunziationsartikel der Bourgeois- und sonstigen Reaktionspresse, die zu den betreffenden Maßregelungen provozirten, unsern Reichstagsabgeordneten möglichst bald und in möglichster Vollständigkeit zugehen zu lassen, damit den Gegnern der Sozialdemokratie von der Tribüne des Reichstags herab die verdiente Berücksichtigung zu Theil werden kann.

Politische Uebersicht.

Am Sonnabend (2. September) verkündeten die Schergen der Versailler Mordbände ihr „Urtheil“ über die gefangenen Kommunisten; von den Zeitungen wird dasselbe wie folgt resumirt:

Ferré wird in allen Anklagepunkten für schuldig erkannt: Attentat gegen die Regierung, Aufreizung zum Bürgerkrieg, unehrenhafte Aushebung von Truppen, Anmaßung öffentlicher Aemter, Mitschuld an der Ermordung der Geiseln, an den Brandstiftungen und an der Zerstörung der öffentlichen Denkmäler und Privat-Gebäude, an den willkürlichen Verhaftungen und Sequestrationen.

Aisy schuldig in den vier ersten Anklagepunkten, nicht schuldig an den Ermordungen, Brandstiftungen und Zerstörungen, Verhaftungen, Entredungen von Siegeln und Entwendung öffentlicher Gelder, das Ganze unter Zulassung mildernder Umstände.

Urbain schuldig in allen Punkten mit Zulassung mildernder Umstände.

Villioray schuldig in allen Punkten, mit Ausnahme der Ermordungen und Brandstiftungen.

Jourde schuldig in den vier ersten Punkten, nicht schuldig an den Ermordungen, Brandstiftungen, Zerstörungen, Verhaftungen, Entredungen von Siegeln und Entwendung öffentlicher Gelder, das Ganze unter Zulassung mildernder Umstände.

Trinquet, wie Urbain.

Champy schuldig in den vier ersten Punkten, ferner der Zerstörung von Denkmälern und willkürlicher Verhaftungen.

Regère schuldig in den ersten vier Punkten, nichtschuldig in den übrigen.

Lullier schuldig des Attentats gegen die Regierung, der Aufreizung zum Bürgerkrieg, Aushebung von Truppen, Verleitung zum Abfall und Befehlsgabe einer bewaffneten Truppe.

Raspoul, wie Regère, jedoch nicht schuldig an der Zerstörung von Denkmälern und mit Zulassung mildernder Umstände.

Baschal Groussiet schuldig in den vier ersten Punkten, nichtschuldig der Entwendung von Documenten und des Diebstahls von Papier.

Verdure, wie Raspoul, jedoch ohne mildernde Umstände.

Ferrat, schuldig der drei ersten Punkte.

Descamps, nicht schuldig in allen Punkten.

Clement, schuldig der Anmaßung öffentlicher Aemter mit Zulassung mildernder Umstände.

Courbet, schuldig der Theilnahme an der Zerstörung der Vendome Säule.

Parent, nicht schuldig in allen Punkten.

Demgemäß werden Ferré und Lullier zum Tode, Aisy, Villioray, Champy, Regère, Baschal Groussiet, Verdure und Ferrat zur Deportation nach einem befristeten Plage, Urbain und Trinquet zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, Jourde und Raspoul zu einfacher Deportation, Courbet zu sechs Monaten Gefängniß und 500 Francs Strafe, Clement zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, Descamps und Parent aber freigesprochen.

Also — und einer weiteren Kritik dieses „Urtheils“ wie der ganzen Versailler Justizfarce enthalten wir uns für heute — also unter den kompromittirtesten Männern der Kommune hat dieses Kriegsgericht, das nicht zusammenberufen worden, um zu richten, sondern nur um zu verurtheilen, zu mordenden, bloß zwei Männer zum Tode zu verurtheilen vermocht, und von diesen zweien ist Einer ein Agent der Versailler Regierung! Und die zwanzigtausend Männer, Frauen und Kinder, die in der zehn-

tägigen Bartholomäusnacht erwürgt wurden, und von denen der „Schuldige“ weniger „schuldig“ war, als der „Unschuldige“ Derer, über die das Kriegsgericht soeben sein Urtheil gefällt! O ihr Mörder! Mörder! —

Am selbigen Tage, wo das Kriegsgericht sein Urtheil verkündete, das ein moralisches Todesurtheil der Versailler Gesellschaftsretterbände ist, nahm Hr. Thiers, der Hauptmann dieser Bande, nach zweitägiger Entleerung der parlamentarischen Windfäden, den Titel „Präsident der Republik“ an. Zum Wappen soll er sich ein weinendes Krotodil erwählt haben. —

Im „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ lesen wir: „Ein Maschinenmeister, bereits seit 19 Jahren in Paris konditionirend, theilt in einem Briefe u. A. Folgendes mit: „In einer Generalversammlung der allgemeinen Buchdrucker-Gesellschaft wurde beschlossen, daß innerhalb 24 Stunden alle Deutschen aus den Buchdruckereien ausgewiesen werden sollen; im Falle einer Widersetzung der Buchdruckereibesitzer sollen sämtliche Franzosen ihre Arbeit einstellen.“ Der Beschluß wurde durchgeführt trotz Vorstellungen der Factoren und Prinzipale. Man hat bisher behauptet, daß die französischen Arbeiter in sozialistischer Hinsicht am weitesten vorgeschritten seien, solche Beschlüsse lassen das Gegentheil vermuthen.“

Solche Vorkommnisse sind gewiß sehr bedauerlich, aber gewiß auch sehr natürlich nach den Ereignissen der letzten 12 Monate. Nehmen wir an, der Krieg hätte den umgekehrten Verlauf genommen: die deutsche Armee wäre besiegt worden, die französische Armee hätte in Deutschland gehaust wie die deutsche in Frankreich: nicht zufrieden mit dem Sturz der Regierung, die den Krieg angefangen, hätte der französische Kaiser einen Verrilgungskrieg gegen das deutsche Volk begonnen, und unter dem Jubel des gesammten französischen Volks, dessen Presse und Tag für Tag als verkommenes, unsittliches Banditengefindel traktirt, das Morden, Sengen und Brennen so lange fortgesetzt, bis wir in die Abtretung der Rheinprovinz gewilligt — würden wir die einzelnen Franzosen, von denen wir nicht den Beweis des Gegentheils hätten, nicht für die Mith der französischen Regierung verantwortlich machen? Und würden wir es nicht mit Recht? Wie Viele sind aber in Stand, eine solche Verantwortlichkeit auf ihr richtiges Maß zurückzuführen? —

Das Bismarck'sche Leiborgan die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ enthält folgenden Rothschrei, der so recht die Erbärmlichkeit des, trotz aller „Siege“ am Ende seines Lateins angekommenen Stiebertums enthüllt:

„Eine große Anzahl von Blättern hat offen erklärt, daß, falls Frankreich zu schwach wäre, Renanche für Sedan zu nehmen und die deutschen Provinzen wieder zurückzuerobern, die Revolution von Frankreich aus importirt und der Internationalen die Revanche übertragen werden würde. Diese Drohung, die diesmal keine leere ist, hat die deutsch-österreichische Annäherung (?) ob dieselbe nun allennähig niedergeschrieben ist oder nicht, notwendig gemacht, und wird und muß auch Italien, Rußland, England, kurz alle Staaten gegen das Element verbünden, welches den Begriff „Staat“ auflösen will. Gegen diesen Feind, den uns Frankreich über den Hals schicken will, sind alle Völker (!!) solidarisch verpflichtet, und wie man bei ansteckenden Seuchen einen Gordon gegen das inficirte Land zieht, so werden sämtliche Regierungen Europas, welches auch ihre sonstigen Interessen sein mögen, gegen die in Frankreich heimische soziale und politische Revolutionspest einen gemeinsamen Sanitätscordon bilden und jeden verbrecherischen Versuch, den Krankheitsstoff aus Frankreich über die Vogesen nach Deutschland und von da aus weiter zu schleppen, als eine allen drohende Gefahr nöthigenfalls mit Gewalt und mit vereinten Kräften zurückweisen. Eine solche europäische Allianz ist die einzige Rettung für Staat, Kirche, Eigenthum, Gerechtigkeit, kurz für alles, was den modernen Staat ausmacht, und man kann sich darauf verlassen, daß ein solches Bündniß nothwendiger und zugleich auf festerer Basis ruhend ist, als die französische Presse es haben will und wünscht, denn es bildet die sichere, ja die einzige Garantie für den Frieden und das Wohl der Völker Europas.“

Man muß in Berlin große Furcht haben! —

Ueber das Benehmen der deutschen Arbeiter in Newcastle schreibt der „Northem Daily Express“:

„Am Dienstag Nachmittag stellte das deutsche Contingent in den Werken von Sir William Armstrong — etwa 130 an der Zahl — die Arbeit ein mit dem Programm: „neunständige Arbeitszeit und höhere Lohnsätze (wie sie die Streikenden beanspruchen) und bessere Kost.“ Wie sich herausstellte, ist es auf genannten Werken Sitte, die neu eintreffenden Arbeiter die drei ersten Tage nach ihrer Ankunft umsonst zu verpflegen, während später für Kost und Logis ein Abzug gemacht wird. Die deutschen Arbeiter nun waren außer der gewöhnlichen Nahrung an den ersten Tagen reichlich mit Bier und Tabak versehen worden; als dann aber am Dienstag nach Ablauf dieser „Snabentage“ an Stelle des Bieres Wasser auf den Mittagstisch kam, scheint eine „offene Rebellion“ stattgefunden zu haben. Die Deutschen nahmen das Wasser, gossen es über die Tische und den Fußboden und verlangten Bier. Als ihnen dies nicht gegeben wurde, weigerten sie sich, nach Tische zu arbeiten. Sie hielten eine Versammlung und ernannten eine Deputation, welche zu den Geschäftsführern ging und bessere Nahrung, höhere Löhne, sowie neunständige Arbeitszeit verlangte. Die beiden ersteren Forderungen wurden zugesprochen, die letztere dagegen abgelehnt, und in Folge dessen verließen die sämtlichen Deutschen mit Ausnahme von zweien das Establishment und zogen in corpore nach dem Hauptquartier der streikenden Arbeiter. Eine große Menschenmenge folgte ihnen und begrüßte sie ebenso laut mit Hurrah, wie sie sie erst vor wenigen Tagen ausgeschimpft und ausgejastet hatte. Im Ganzen genommen scheinen die Scenen, als eine Gruppe nach der andern über die Straße zog, sehr aufregend gemeint zu sein. Als sie dann mit einer Musikbände an der Spitze im Versammlungsorte der Liga anlangten, gaben sie die folgende Erklärung ab: Sie wären Alle in der Norddeutschen Maschinenfabrik zu Berlin engagirt worden unter der Vorspiegelung, daß nur noch 2000 Maschinenhelfer in Newcastle seien, während 6800 in den letzten drei Monaten nach Amerika ausgewandert. Man habe ihnen 24 bis 27 Sh. für die Arbeitswoche von 57 Stunden ver-

sprochen mit Aussicht auf Akkordarbeit, und im Allgemeinen sollten sie etwa doppelt soviel verdienen, wie daheim. Im Gegensatz zu diesen Vorspiegelungen sei ihnen bald klar geworden, daß man sie nur in Dienst genommen habe, um die Agitation für die neunständige Arbeitszeit zu vereiteln, daß die Lebensmittel theurer seien, als man ihnen gesagt, und daß auch in jeder anderen Beziehung die ihnen gegebenen Versprechungen nicht gehalten worden seien. Nachdem ihnen je drei ein anständiges Logis versprochen, habe man sie in einer Schule einquartirt, wo etwa 36 in einem Zimmer auf Schultischen anstatt in Betten schlafen müßten.“

Dem Londoner „Standard“ vom 2. d., welchen man uns übersendet, entnehmen wir folgendes Weitere:

„Newcastle den 2. August. In Folge der Handlungsweise der frisch hergekommenen Deutschen herrscht hier seit einigen Tagen lebhaftere Aufregung. Das Beispiel hat sämtliche neu-eingestellte Arbeiter mehr oder weniger angesteckt, und hätte die neunständigen Arbeiter wohl, sie hätte mindestens drei Viertel der in den letzten Wochen in die Stadt gebrachten Arbeiter heimgeschaffen können. Die Leute, ob aus Deutschland, Belgien, Dänemark oder London erklären einstimmig, daß ihnen die Lage der Dinge falsch dargestellt worden sei. Es wurde ihnen gesagt, 6000 Arbeiter hätten die Stadt verlassen, nur 2000 seien zurückgeblieben, und diese wünschten die Arbeit wieder anzufangen; es sei aber nöthig, diese 2000 durch neue Arbeitskräfte zu verstärken, da sonst die Fabriken nicht in Gang gebracht werden könnten. Man spiegelte ihnen vor, sobald sie angekommen seien, würden die 2000 sich mit ihnen vereinigen, und sie würden dann zusammen kürzere Zeit arbeiten, als vor dem Strike. So berichtigten die Neugekommenen, Einer und Alle; und sie versichern, daß sie nicht gekommen wären, wenn sie den wahren Stand der Dinge gekannt hätten. Die Deutschen, welche die Armstrong'sche Fabrik verließen, zogen am Dienstag Abend nach dem Hauptquartier der neunständigen, und suchten um die Mittel zur Abreise nach. Sie erklärten sich bereit, an jeden Ort zu gehen, den die Liga ihnen anweisen werde — zurück nach Deutschland, nach London, oder sonstwohin, nur fort von Newcastle. Am folgenden Morgen hielten sie eine Versammlung ab und wählten Delegirte, die mit der Liga eine Zusammenkunft hatten. Es wurde denselben mitgetheilt, der Fond der Liga sei ausschließlich für den Unterhalt der Arbeiter, die den Strike unternehmen, zusammengesteuert worden, und bis jetzt sei jedes Gehalt Seitens der neugekommenen Londoner Arbeiter zurückgewiesen worden, um so mehr, als diese Arbeiter so unfähig seien, daß die Meister froh sein würden, sie sich wieder vom Hals zu schaffen. Anders stehe es aber mit den von Berlin gekommenen Maschinenbauern, die tüchtige Arbeiter seien, nicht bloß fähig selber zu arbeiten, sondern auch Andere zu lehren. Die Liga habe deshalb für diese einen besonderen Fond ausgesetzt, und sei bereit, einer bestimmten Anzahl das Reisegeld nach Hamburg, London, oder sonstwohin zu geben. Der Vorschlag wurde von den Deutschen angenommen und 95 aus ihrer Mitte gewählt, die nach London gehen sollten. Den Meisten von diesen bezahlte die Liga das Reisegeld, während ein Theil es aus eigener Tasche bezahlte. Die Deutschen, für deren Abreise Vorbereitungen gemacht waren, verließen das Westgate Inn (Gasthaus) um 1 Uhr, geleitet von einer großen Volksmenge, die ihnen die herzlichste Sympathie zu erkennen gab. Das Gepäck wurde auf zwei Wagen nach der Dampfboot-Werke gebracht. Bei ihrer Ankunft auf dem Quai wurden die Deutschen von einer ungeheuren Volksmenge umringt, und die Abfahrt bot Anlaß zu außerordentlichen Demonstrationen des Jubels. Viele der Deutschen küßten, nach continentaler Sitte, ihre neugewonnenen englischen Freunde, und sie schiffen sich ein unter den Cheers (entsprechend unserm Hoch- und Bravo-Rufen) der Bevölkerung und den Klängen der „Wacht am Rhein“ und anderer National-Melodien (?). Als der „E. M. Palmer“ fort dampfte, wurde den Deutschen an Bord noch ein begeistertes Lebewohl! mit den herzlichsten Glückwünschen zugerufen. Viele der Deutschen haben im letzten Krieg mitgekämpft und einige tragen 5—6 Medaillen; ihr Führer war in den Schlachten bei Würth, Forbach und Gravelotte, bei der Uebergabe von Metz und später bei den Schlachten um Orleans. Es waren aufgeweckte und intelligente Leute; und es lag ihnen sehr am Herzen, das Komitee der Liga zu überzeugen 1) daß sie nicht aus Furcht vor der feindseligen Haltung der Bevölkerung von Newcastle handelte; von Männern, die dem Feuer der Mitraillenusen getrogt, sei nicht zu erwarten, daß sie sich durch Steinwürfe von Weibern und Kindern einschüchtern ließen; und 2) daß sie nur in Unkenntniß der Lage hergekommen seien, und daß sie in einem Konflikt zwischen englischen Arbeitern und Kapitalisten nimmermehr gegen die für ihr Recht kämpfenden Arbeiter Partei ergreifen würden. Sie sagten, wenn englische Arbeiter in ähnlicher Weise nach Deutschland gekommen wären, um sich auf Seiten der Meister zu stellen, würde man sie wahrscheinlich schlimmer empfangen haben, als die Deutschen in Newcastle empfangen wurden. Sie meinten, die neunständigen sei nicht energisch genug in Führung des Strikes.“

Im „Neuen Sozialdemokrat“ veröffentlichten 17 heimgekehrte Berliner Maschinenbauer folgende

Warnung für Maschinenbauer.

Berlin, 4. September. Sämmtliche Maschinenbauarbeiter Deutsch-

Fortsetzung auf Seite 4.

Zur Erinnerung für die deutschen Wodspatrioten.

1806—1807.

(Fortsetzung.)

Kapitulation Nr. 20. — Schweidnitz.

Diese Festung hätte sich nach Höpfners Angabe mindestens 120 Tage halten können. Im Jahre 1762, trotzdem die Werke viel schwächer waren, als 1806, widerstand sie 67 Tage. Am 10. Januar, dem Tage der durch Vandamme unternommenen Verennung, zählte die Garnison 96 Offiziere, 6065 Mann, 262 Pferde. Die Festung besaß 247 Geschütze verschiedenen Kalibers und 127 eiserne Handmörser.

Erster Kommandant war der Oberstleutnant Hade, zweiter Kommandant der Mineur-Major Hombold, Ingenieuroffizier vom Platz der Major Kämpf, „der indessen bereits beim Beginn der Einschließung vom Schläge getroffen wurde.“ Artillerieoffizier vom Platz der Hauptmann Bach. Als der Fürst von Pleß bei seiner Anwesenheit in Schweidnitz die Kommandanten zur ernstlichen Verteidigung aufforderte, antwortete Hombold: „Die zu verteidigenden Außenwerke sind als selbstständige Werke zu betrachten, deren jedes vom Feinde besonders belagert werden muß; und wenn wirklich Eins derselben emporstürzt wird, so liegt unter jedem eine Mine — und was dem Menschen wehe thut, muß der Soldat thun — ich sprengte das ganze Werk in die Luft, und der Feind hat noch nichts gewonnen.“

Sprachs — und that wie wir bald sehen werden. — Aufforderungen, tägliche Desertionen, Alles spielte sich wie überall ab. Der Feind schmuggelte einen Zettel in die Stadt, „auf welchem er jedem Mann der Besatzung, der mit Gewehr und Tasche desertierte, 5 Thaler und jeden verbliebenen Kavalleristen 2 Friedrichsdor versprach.“ Erst zu Ende Januars traf von Breslau ein Belagerungsbericht ein. Die Entsatzversuche des Prinzen Pleß wurden im Keime erstickt. Bei dem Bombardement des 4. Februar verfeuerte die Garnison 16592 Schuß, wodurch der Feind nur 2 Tote, 3 schwer Verwundete und 6 demontirte Geschütze verlor; gegen das Bombardement des 5. spendete sie 37437 Schuß, womit sie dem Feinde 3 Mann tödtete, 3 verwundete und 5 Geschütze demontirte. Nur verbliebene oder verkaufte Kommandanten konnten der Art mit der Munition umgehen!

Am 6. erschien in der Person des Prinzen von Hohenzollern, Adjutanten Jeromes, ein feindlicher Parlamentär. Der Kommandant ritt ihn entgegen, um ihn auf dem Glacis abzufertigen. Der Prinz ersuchte indessen den Kommandanten, ihn nach seiner Wohnung zu führen, was auch bewilligt wurde, und wurden zu der hierauf folgenden Unterredung der Major Hombold, der General Kropf und der der französischen Sprache mächtige Justizrath Steinbeck eingeladen. „Also, um mit einem Hohenzollern zu sprechen, dem hier nicht einmal die Augen verbunden waren, bedurfte man der französischen Sprache! Der Prinz von Hohenzollern log die Kommandanten im Namen Vandammes förmlich an. Von Danzig, das noch gar nicht einmal eingeschlossen war, sagte er: „es ist zweifelhaft, ob es sich noch hält.“ Auch Kolberg, das gar nicht genommen worden ist, bezeichnete er als schon in den Händen der Franzosen befindlich. Wie die französischen Marschälle bei Prenzlau dem Hohenzollern mit imaginären Armeen auf den Leib gerückt waren, so that es auch dieser gelehrige Hohenzollern gegen die Befehlshaber von Schweidnitz. Der Hauptknap aber entlud er sich, als er sagte: „die Garnison von Schweidnitz hat sich mit Ehren verteidigt.“ Diese Versicherung konnte man ihm besonders deswegen glauben, weil er hinzufügte: „Prinz Jerome wird keinen Aufwand nehmen, das Zeugnis ihr öffentlich zu geben.“

Noch zeigte sich der Kommandant spröde. Der Hohenzollern drängte heftiger und erklärte endlich, er wisse, daß es an Fleisch und Getränken, wie auch an Geld fehle, daß die Besatzung höchst unzuverlässig und schlecht bewaffnet sei und daß die Garnison gefährliche und ihr unbekannte Feinde in der Festung besitze.“ Generalmajor von Höpfner sagt, er führe alles dies an, „damit man sieht, welche Künste der Feind anwandte, um die Treue der Kommandanten wankend zu machen.“ Und hier war der Künstler noch gar ein Hohenzollern. Alle seine Erklärungen waren in seiner Gegenwart von dem Justizrath Steinbeck zu Protokoll genommen worden; er bestätigte auch schließlich seine Angaben „auf das Ernsthafteste“, „doch lehnte er die Unterschrift des ausgenommenen Protokolls ab.“ So bestätigte er also, daß er wissenschaftlich gelogen hatte, was für einen Adjutanten Jeromes oder Vandammes wohl stets schwer zu vermeiden war.

Die preussischen Offiziere beriethen sich nun in einem Nebenzimmer. Der wüthige Minensprenger Hombold machte den Vorschlag: „gegen die Bewilligung eines Waffenstillstandes bis zum 24. Februar, der Sendung eines Offiziers an den Generalgouverneur und gegen: freies Abzug der Garnison zum ferneren Kriegsdienst, die Festung zu übergeben. Er wurde von seinen Kameraden gebilligt. Der Prinz von Hohenzollern bezweifelte, daß auf solche Bedingungen eine Kapitulation bewilligt werden würde. Nochmals angefordert, daß seine Angaben enthaltene Protokoll zu unterzeichnen, lehnt er die Aufforderung wiederum ab. Bevor er schied, versuchte er es noch, den Kommandanten zu erkaufen, indem er im Namen Jeromes anbot, ihm die Bestände der öffentlichen Kassen bei der Uebergabe zu überlassen, „ein Antrag, der indessen entschieden abgelehnt wurde.“

Zu der Nacht kehrte der unerwähnte Hohenzollern zurück und bot einen Waffenstillstand bis zum 16. Februar an und die Bedingungen der Kapitulation von Breslau. Die Festungskommandanten, ohne diese zu kennen, gingen hierauf ein. Da das Schicksal am 7. nicht wieder begann, so boten die Offiziere des Salgenforts den Kommandanten um Aufklärung. Er antwortete: „daß sie nichts zu thun als zu gehorchen hätten, er ihnen aber die Versicherung gäbe, daß, so lange er Kommandant sei, eine Kapitulation unmöglich wäre; er wollte wohl als Bettler, aber auch als ehrlicher Mann sterben.“

Am 8. Februar unterzeichnete der „ehrliehe Mann“, Oberstleutnant Hade, die Kapitulation und brach dabei in die Worte aus: „Ich unterzeichne hier das Todesurtheil meiner Ruhe; aber Gott ist mein Zeuge, als Mann von Ehre und treuer Diener meines Königs kann ich nicht anders handeln.“

Am 16. streckten 92 Offiziere und 4001 Mann das Gewehr; desertirt waren in den letzten Tagen, sobald der Waffenstillstand bekannt geworden, 41 Unteroffiziere, 1425 Gemeine, meistens Ducrotirte, die nicht zum zweiten Male gefangen sein wollten. „Einige Offiziere wußten beim Ausmarsch ver-

kleidet zu entkommen und haben noch später gute Dienste geleistet.“ Das heißt: sie ducrotirten, und Höpfner verliert auch weiter kein Wort hierüber. Ducrot, Baral und wie die vom ehrlichen Michel angebrannten Franzosen alle heißen mögen, sie können sich auf zahlreiche preussische Muster berufen.

Dem Feinde wurden übergeben: „4218 Centner Pulver, 257841 Kugeln und Bomben, 249 Geschütze, 296 Laffeten, 507 Wispel Roggen, 764 Wispel Roggenmehl, 354 Scheffel Weizen, 464 Scheffel Gerstemehl, 599 Scheffel Erbsen, 200 Scheffel Gerstengraupen, 106 Centner Butter, 25 Fässer Sauerkraut, 225 Wispel Hafer, 514 Centner Heu, 40 Schock Stroh.“

Für einen neuen am 8. zu unternehmenden Entsatzversuch hatte der Fürst Pleß die nöthigen Dispositionen getroffen. Er unterließ, weil man am 7. Abends erfuhr, daß Schweidnitz kapituliren wollte. Um die Uebergabe wenigstens zu verzögern, wollte der Fürst dem Major Ofug die Drede zustellen, die ihn zum alleinigen Kommandanten machte und ihm auftrug, die beiden Kommandanten zu arretiren, die Kapitulation umzustößen und die Festung auf's Hartnäckigste zu verteidigen.“ Dem mit diesem Schriftstück betrauten Lieutenant Negro gelang es nicht, in die Festung zu dringen. Ein Soldatenweib schlich sich endlich mit einem Zettel durch, „der in Gegenwart des Kommandanten von Glaz an den Hauptmann Löwenstern geschrieben war.“ „Der Zettel enthielt die Versicherung, daß die Kommandanten vom Generalgouvernement abgesetzt und der Major Ofug an deren Stelle zum Kommandanten ernannt worden sei, und stellte die Aufforderung, die Verräther über den Haufen zu stechen, den Waffenstillstand zu benutzen, die Unterhandlungen rückgängig zu machen, und auf demselben Wege Nachricht zu geben, wie man sich zu benehmen gedente. Der Hauptmann Löwenstern gab den Zettel dem Major Ofug, der ihn dem Oberstleutnant Hade einhändigte, so daß er ohne weitere Folgen blieb.“

So erstach der Major Ofug den Kommandanten, Oberstleutnant Hade!

Der Hade wußte nicht, was seine Magazine enthielten, oder that wenigstens, als ob er es nicht gewußt hätte. Er war ein so Erzbraver, daß er zu seiner Verteidigung sogar Dokumente fälschte. Obgleich er am 6. anfang zu parlamentiren hatte, er doch nicht vor dem 13. vom Artillerieoffizier vom Platz einen Bericht über den Zustand der Geschütze eingefordert, und diesen „hat er zu seiner späteren Rechtfertigung auf den 7. zurückdatiren lassen.“

Es ist überflüssig, in eine Erörterung der versuchten Rechtfertigung der Kommandanten einzutreten. Genüge es, mit Höpfner zu sagen: „Wollte man diese Gründe zur Kapitulation“ — wie sie nämlich diese Schweidnitzer Gesellschaft vorbrachte — „gelten lassen, so würden die Festungen dem Staate nur zum Schaden gereichen.“

„In Betracht dieser schmähligen, mit höchster Pflichtvergehenheit eingegangenen Kapitulation sprach das niedergesetzte Kriegsgericht über die beiden Kommandanten die Strafe des Erschießens aus. Der König ließ den Schuldigen das Todesurtheil mittheilen, indessen nicht an ihnen vollstrecken, sondern sie zu lebenswieriger Festungsstrafe unter Kassation begnadigen.“

„Um einen Beweis zu liefern, in welchem Ruße der General Lindener durch sein Verhalten sich gebracht hatte, mag hier noch angeführt werden, daß man preussischer Seite glaubte, der General habe die Anlage der feindlichen Batterien vor Schweidnitz geleitet.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Kommune.

Die Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation von Liège (Lüttich in Belgien) hat eine Kommission ernannt mit dem Auftrag, eine möglichst vollständige Arbeit über die Gemeinde im Allgemeinen und im Besonderen über die Gemeinde von Paris vom sozialistischen Standpunkt aus auszuarbeiten. Diese Kommission trat denn zusammen und wir geben heute das Resultat ihrer ersten Sitzung:

Vorwort.

Für die große Klasse der Proletarier, welche weiß, was ihr fehlt, und folglich, was sie will und wohin sie geht, ist die Revolution von 1871, welche wir die Revolution der Gerechtigkeit nennen werden und deren Hauptstich Paris gewesen ist — ist die Revolution von 1871, sagen wir, eine durchaus definierte Sache, welche zum mindesten in ihrem Gesamtbild und in ihrem Endzweck von den Arbeitern vollständig verstanden worden ist: Diese Revolution ist die natürliche Folge und das unvermeidliche Resultat der früheren Empörungen des Proletariats und der hundertzährigen Unterdrückung durch die ausbeutende Klasse.

Diese selbst, wir sind davon überzeugt, kann die wirklichen Ursachen dieser kolossalen Auslehnung des Rechts gegen die Gewalt nicht verkennen; die angeblichen Untersuchungen, denen sie sich, wie sie sagt, hingibt, um ihr Gewissen aufzuklären, sind gänzlich überflüssig; wenn ihr einiger Zweifel bliebe über die wirklichen Motive dieses bedeutungsvollen Abschnitts der sozialen Revolution, dessen Vorwort sich in der wahren Geschichte des Sozialisten Jesus findet und dessen Nachwort nicht auf sich warten lassen wird, so hätte sie sich nur an die zahllosen Revolutionen zu erinnern, welche zu allen Zeiten und in allen Ländern gegen die ewige monarchische, feudale, administrative und kapitalistische Reaktion aufgedorrt sind; sie hätte nur in den umfangreichen Büchern des Leidens und des Pauperismus zu blättern, sie hätte nur ein wenig das Ohr zu leihen den Echo's aller Jahrhunderte, welche bald mit klagernder Stimme, bald mit schrecklichem und drohendem Ausdruck die Klage der gallischen Sklaven, der feudalen Leibeigenen, der von der Industrie und der Geldwirtschaft Ausgebeuteten wiederholen.

Aber die Klasse, von der wir reden, hat nicht das Bedürfnis, diese Beweise zu Rathe zu ziehen oder diese Stimmen zu hören, welche Rache schreien oder Gerechtigkeit verlangen. Sie steht seit lange über allem fest; sie kennt sehr gut alle Klagen, alle Reklamationen; wenn sie das dumme Thier macht — um so zu sagen — so thut sie es mit Wissen und mit Berechnung; sie fühlt, daß sie nur mehr von Fristverlängerungen, von Vertagungen lebt; deshalb heuchelt sie, in dem Wunsche, Zeit zu gewinnen, eine falsche Unwissenheit und den heuchlerischen Wunsch, sich fester zu begründen.

Nicht für sie also unternehmen wir eine Arbeit, die bestimmt ist, deutlich aufzudecken und zu kennzeichnen die Prin-

zipien der Gemeinde, den Zweck derselben, die fundamentalen Reformen, welche ihre Durchführung im sozialen System nach sich ziehen würde, und weiterhin die Geschichte der Gemeinde von Paris zu liefern und die Analyse der Akte, die sie vollführt.

Die moderne Reaktion, ähnlich der alten Reaktion, ähnlich den Reaktionen, welche folgen werden, will nicht die Polemik, nicht die Bepredung, nicht das Licht; ihr Wort ist: austrotten; ihr Mittel die Vertilgung; da sie keine Justiz hat, tödtet sie; da sie keine Prinzipien hat, deportirt und knebelt sie, aber sie spricht nie.

Passen wir sie also. Sie wird früher oder später gestraft werden für das, was sie seit lange gesündigt und wir werden sie bald die Gnade Derer ansehen sehen, welche sie mittheilslos ermordet hätte. Kein Mitleid also für sie am Tage der Gerechtigkeit, denn diese herz- und ehrlöse Stiefmutter würde bald die Hand fesseln, welche ihre Bande gelöst.

Nein, wenn wir die Aufgabe übernommen haben, diese bedeutende Frage der Gemeinde zu studiren, welche sich jeden Tag mehr dem Denken und Untersuchen gerader und unparteiischer Geister aufträgt, so geschieht es besonders, zunächst, um uns selbst aufzuklären, um keine der Früchte verloren gehen zu lassen, welche im blutigen Thau der Verteidiger der Pariser Gemeinde emporkeimen werden, weiterhin endlich, um der unentschiedenen und verwirrten Bourgeoisie alles zu zeigen, was diese erhobene Empörung von Paris an Ideen, Reformen und Zukunft in sich schließt.

Während die autoritäre und ungesunde Regierung, welche die Kommune vernichtet hat, von Fall zu Fall in die ungeheuerlichsten Orgien des Despotismus und der Ungerechtigkeit zurückfällt, während sie alle Tage tiefer fällt und ihre verdorbene Nichtswürdigkeit bloßstellt, wollen wir zur selben Zeit diejenigen, welche sich vor der Kommune gefürchtet haben, diejenigen, welche nicht die Gesamtheit ihrer Prinzipien anzunehmen wagten, sehen lassen, daß sie allein in ihrem Schooße die Keime der sozialen Wiedergeburt und der definitiven Durchführung der Gerechtigkeit barg.

Unsere Arbeit wird in drei Theile zerfallen:

- 1) Die Gemeinde.
- 2) Geschichte der kommunalen Revolution von 1871.
- 3) Analyse der Akte der Kommune von Paris.

(„Cahiers du Travail“, organe des sections du bassin de Liège. — „Feste der Arbeit“, Organ der Sektionen des Lütticher Kohlenbeckens. —)

Der sozialdemokratische Kongress in Dresden.

Referat über das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Landtage und Gemeinden.

(Schluß von Bebel's Rede.)

Wenn wir in Kürze einen Blick auf die verschiedenen Gesetzgebungen in den größeren Staaten Deutschlands werfen — wir haben ja eine ziemlich reichhaltige Musterkarte, — werden wir allerdings große Verschiedenheiten in den Gesetzgebungen in Bezug auf die Gewährung des Wahlrechts an die Staatsbürger finden; aber das Eine, das charakteristische Merkmal werden wir ohne Ausnahme in den verschiedenen Gesetzgebungen erkennen, den einen Zug werden wir in allen finden, nämlich daß das arbeitende Volk wenig oder kein Recht hat, und wo ihm ein gewisses Recht eingeräumt ist, daß dies in allen Fällen nur ein Scheinrecht ist. Einen wirklichen Einfluß auszuüben ist nirgend die Möglichkeit vorhanden. Ich kann nicht umhin, hierbei zu erwähnen, welche einen spähhaften Eindruck es mir gemacht, als die oft radikal thunende Berliner „Volkszeitung“ vor einigen Tagen — ich weiß augenblicklich nicht aus welcher nächsten Veranlassung — auf die Sozialdemokratie in gewohnter Weise zu schimpfen begann und unter anderem sagte: „daß die Sozialdemokratie mit dem allgemeinen Wahlrecht nichts anfangen kann, das hat die Reichstagswahl bewiesen. Sie hat 1—2 Abgeordnete im Reichstage, und was Lajalle von dem allgemeinen Wahlrecht hoffte, ist keineswegs eingetroffen, im Gegentheil, wir — die Volkszeitung, wir, die Fortschrittspartei, in deren Namen wir sprechen — sind der Meinung, daß für die Herren von der Sozialdemokratie, oder besser, „Sozialdemagogie“, — wie sie uns in der Regel zu nennen beliebt — nichts Besseres ist, als das radikalste Wahlgesetz.“

Nun, meine Herren! gut, die Herren von der Fortschrittspartei, die Herren von der liberalen Partei, sie sollen es nur ernsthaft meinen und das denkbar radikalste Wahlgesetz für Staat und Kommune uns erobern helfen.

Wir nehmen das dankbar an. Unsere Sache soll es sein, ihnen zu beweisen, daß wir das erlangte Recht in einer den Herren Liberalen wenig erfreulichen Weise zu benutzen verstehen. Auch muß ich einen Punkt zur Sprache bringen, den die liberale Presse seit Monaten weidlich ausgebeutet hat, obgleich er direkt nicht mit der Sache zusammenhängt. Die liberale Presse sagt mit Scheinbarer Genugthuung: „die Sozialdemokratie kann mit dem allgemeinen Wahlrecht nichts ausrichten; früher hatte sie 7, jetzt hat sie nur 2 Vertreter im Reichstage.“ Ist dies ein Beweis für den Niedergang der Sozialdemokratie, warum wird denn Tag für Tag auf die Sozialdemokratie geschimpft? Es ist doch schade um den Scheinlohn und um die Drüderschwärze, die man an diese Schimpfsartikel wendet, wenn die Sozialdemokratie wirklich so unbedeutend ist. Und die armen Redakteure, sie müssen schweigen, um die Artikel anzufertigen. Was für Mühe geben sie sich, solche Lügen auszufügeln! Woju das Alles? (Bravo!) Das ist ein unbilliger Widerspruch. Nun aber, meine Herren, haben wir in Deutschland bei der letzten Reichstagswahl unendlich mehr Stimmen bekommen, als bei jeder früheren Wahl. Und um speziell von Sachsen zu sprechen: obgleich im vorigen Reichstage 5 Sozialdemokraten saßen und im diesmaligen nur 2, haben wir doch bei der diesmaligen Wahl 16,000 Stimmen mehr bekommen wie früher. Während früher 27,000 auf uns fielen, haben wir diesmal 43,000 erlangt, und ich hoffe, die Herren Gegner werden sich das merken: wir bringen es bei der nächsten Wahl auf die doppelte Zahl der Stimmen und auf eine ganz andere Anzahl Vertreter. (Lebhaftes Bravo.) M. H., es ist überhaupt kein richtiger Maßstab, nach der Anzahl der Vertreter die Stärke einer Partei zu messen. Bei der eigentümlichen Eintheilung der Wahlbezirke ist ein Mißverhältnis leicht möglich. Wenn man die gesammten Stimmen addirt, kommen auf jeden Reichstagsabgeordneten durchschnittlich 5—6000 Stimmen. Würde nun die Zahl von 6000 maßgebend sein, so würden wir mit 43,000 Stimmen nicht 2, sondern 7 Vertreter haben. Die eigentümliche Eintheilung der Wahlbezirke hat es verhindert; wir werden aber dafür sorgen, daß es ein andermal besser wird. (Bravo!)

Meine Herren, Sie wissen, daß die liberale Partei, d. h. die Bourgeoisie, den Staat, der an der Spitze Deutschlands als „Schutz und Hort“ Deutschlands steht, Preußen, häufig als Musterstaat hinstellt. Es ist charakteristisch, daß bei einer kritischen Beleuchtung der verschiedenen Wahlsysteme in Deutschland, es sich herausstellt, daß das für die Landtags-, wie für die Kommunalwahlen geltende Gesetz in Preußen das allerSchlechtesten in ganz Deutschland ist. Daß ich mit dieser Ansicht nicht allein stehe, dafür kann ich einen Gewährsmann anführen, der für die Sozialdemokratie zwar kein Gewährsmann ist, aber doch ganz gewiß für unsere Gegner. Das ist Niemand anders wie S. Durchlaucht Fürst Bischoff. Bischoff sagte 1867 im 1. konstituirenden Reichstage, als es sich um die Aufnahme des allgemeinen Wahlrechts in die Verfassung des norddeutschen Bundes handelte und ihm Gegner von Seiten seiner Partei entgegentraten — Sie können die Rede in dem offiziellen stenographischen Protokoll lesen — „das Dreiklassenwahlsystem in Preußen sei das allerelendeste, miserabelste, was sich nur denken lasse. Wenn ein

in Preußen in einer Volksversammlung gefagt hätte, das Dreiklassenwahlrecht sei das allerbeste Wahlrecht in ganz Deutschland, so hätte er gewiß wegen dieser Aeußerung vom Staatsanwalt angeklagt worden, weil er das Wahlrecht gegen bestehende Staatseinrichtungen predigt. Bismarck hat dies gesagt und, obgleich 4 Jahre verstrichen sind, noch keinen Finger gerührt, es abzuändern. Die Fortschrittspartei, obgleich sie in der Minorität ist und demnach keine Gefahr vorhanden ist, daß ihre Anträge angenommen werden und sie dadurch so zu sagen, zwischen 2 Stühle käme, hat nicht gewagt, einen Antrag auf allgemeines Wahlrecht einzubringen, weder für den Landtag noch für die Kommunalwahlen. Sie sehen daraus, was es mit den Worten zu bedeuten hat.

In Preußen besteht also das Dreiklassenwahlrecht. Der ganze Staat wird darnach mit den annekirten Provinzen ungefähr in 450 Wahlbezirke eingetheilt. Es kommen auf den Wahlbezirk im Durchschnitt 50-60,000 Einwohner. Alle männlichen über fünf und zwanzig Jahre alten Einwohner, welche direkte Steuern zahlen, werden, je nach der Höhe der von ihnen gezahlten direkten Steuern, in 3 Steuerklassen eingetheilt, und zwar so, daß alle drei Klassen einen gleich hohen Steuerbeitrag repräsentieren. Nach dieser Eintheilung bilden also die Großfabrikanten, großen Grundbesitzer und Rentiers, Banquiers, großen Kaufleute und höchsten Beamten die erste Klasse, der mittlere Kaufmanns-, Fabrikanten- und Grundbesitzerstand die zweite Klasse, Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, also das Gros der Bevölkerung, die dritte Klasse. Jede Klasse hat ohne Rücksicht auf die Zahl der Personen, welche ihr angehören, gleich viel Stimmrecht. Kommt auf einen Wahlbezirk von 60,000 Seelen beispielsweise eine direkte Steuerquote von 100,000 Thlr., so hat die erste Klasse, welche etwa 1000 Wähler besitzt, so viel Stimmrecht, wie 5 oder 600, welche dem Mittelstande oder der zweiten Klasse angehören und so viel Stimmrecht wie 2000 bis 2500 Wähler, welche der dritten Klasse angehören. Sie sehen, daß bei diesem Wahlrecht in der 1. Klasse unter Umständen ein Wähler 20-25 mal so viel Stimmrecht hat, wie einer in der dritten Klasse. Es hängt dies von dem Unterschied in der Steuerquote ab, welche die Wähler in einem Wahlbezirk zahlen. In jedem Wahlbezirk stellt sich das Verhältnis anders, so daß, wenn man eine Vergleichung der Steuerhöhe anstellen wollte, man finden würde, daß in großen Städten, wo mehr reiche Leute wohnen, jemand mit 5 Thlr. Steuern in der dritten Klasse steht, während er auf dem Lande mit 4 Thlr. Steuer zur zweiten Klasse gehört und also 6-8 mal so viel Stimmrecht hat, wie der, welcher 5 Thlr. zahlt in der großen Stadt. In dieser willkürlichen, jeder vernünftigen Basis entbehrenden Weise ist das Wahlrecht in Preußen beschaffen, und darnach wird zum Landtage gewählt. Obendrein existirt noch die indirekte Wahl, indem erst Wahlmänner zu wählen sind, die ihrerseits erst die Abgeordneten zu wählen haben. Damit aber noch nicht genug, kommt noch das Allerschlimmste hinzu: die Abgabe der Stimmen ist nicht geheim, sondern wird öffentlich geübt.

Jeder, der seine Stimme abgeben will, tritt vor das Wahlbureau, also der Arbeiter vor seinen Arbeitsgeber, der Geschäftsmann vor seinen Kunden, der niedere vor den höheren Beamten, um zu erklären, den oder den will ich wählen, und das wird protokolliert. Es ist dies die größte Beschränkung des Wahlrechts, die sich denken läßt, denn die große Mehrheit der Wähler befindet sich in der einen oder andern Weise in abhängigen Verhältnissen. Der Gewerbetreibende oder Arbeiter hat seine Kunden vor den Kopf zu klopfen, die seine Stimme abgeben können, der Arbeiter wird sich hüten, seine Stimme abzugeben, weil es der Arbeitsgeber erfährt, wenn er gegen ihn gestimmt hat. Wir sehen ja, welche Maßregelungen bei der Ausübung des Wahlrechts zum Reichstag vorkommen, wo doch die Stimmabgabe eine geheime ist.

Kurz, meine Herren, solche Monstrositäten weist das preussische Wahlrecht auf und wir haben, soweit meine Bekanntschaft mit deutschen Wahlgesetzen reicht, kein reaktionärer. Das allgemeine Wahlrecht haben wir allerdings in den übrigen Staaten auch nicht. In Süddeutschland, wo, trotz der Aeußerung Bismarcks, daß die Norddeutschen den Süddeutschen zu liberal seien, im Allgemeinen das konstitutionelle Regierungssystem, jenes Regierungssystem, welches recht eigentlich das Regierungssystem unserer Bourgeoisie ist, sich weit mehr eingebürgert hat, dort finden wir im Allgemeinen eine freisinnige Entwicklung der Wahlgesetzgebung. In Württemberg besteht die Kammer aus circa 90 Abgeordneten. Allerdings sind darunter 28 sogenannte Privilegierte, bestehend aus den 7 protestantischen Prälaten, dem katholischen Bischof, dem Kanzler der Universität und den Vertretern der 7 größten Städte und einigen anderen Privilegierten: sie bilden nahezu ein Drittel der gesammten Kammer. Die übrigen werden vom Volke insofern gewählt, als zwar ein allgemeines und direktes Wahlrecht besteht, aber nur für alle Staatsangehörigen, welche anständig sind, welche irgendwie eine selbstständige und unabhängige Stellung einnehmen, welche als Gemeindeglieder, Bürger u. s. w. im Staate befinden, während die Industriearbeiter von jedem Wahlrecht ausgeschlossen sind. In Bayern haben wir die Verhältnisse ganz ähnlich.

In Bayern besteht zwar auch das allgemeine Wahlrecht, aber wieder indirekt: es müssen Wahlmänner gewählt werden; und man beschränkt die Wahlbarkeit insofern, als sie an ein Alter von 30 Jahren geknüpft ist. Dasselbe ist in Preußen, Württemberg und Sachsen der Fall. Dann ist in Bayern noch die Bestimmung in Geltung, daß nur der Wahl ist, welcher eine direkte Staatssteuer bezahlt, eine Bestimmung, die uns in Sachsen, und noch mehr in Preußen, sehr auffällt. Niemand erhebt wohl in Sachsen und Preußen, der keine direkten Steuern zahlt. Die Steuerverhältnisse in Süddeutschland sind thatsächlich durchschnittlich günstiger wie in Nord- und Mitteldeutschland und die Zahl Derjenigen, welche in Bayern keine direkten Steuern zahlen, ist groß. Es gehört dazu ein großer Theil der Arbeiter in der Industrie und im Besonderen der Arbeiterstand auf dem Lande. Von einem allgemeinen Wahlrechte kann also in Bayern nicht die Rede sein.

Gehen wir auf Sachsen über, so finden wir hier die Verhältnisse sehr viel schlimmer. In Sachsen besteht die Bestimmung, daß Jeder, der das Wahlrecht zum Landtag ausüben will, 1 Thlr. direkte Steuer bezahlen muß. Wenn man annimmt, daß für die Wahl zum norddeutschen Reichstag auf jeden Wahlbezirk 20,000 Wähler durchschnittlich kommen, so kommen in ganz Sachsen ungefähr 460,000 über 25 Jahr alte Männer heraus. Durch den 1. Zähler-Census dürfte die Zahl der Wähler für den Landtag allerhöchstens auf 80,000 sich belaufen; also vier Fünftel der Reichstagswähler sind von jedem Einflusse auf die Landtagswahlen ausgeschlossen. — Es kommt noch hinzu ein zweiter höherer Census für das passive Wahlrecht. Diejenigen, welche einen höheren Steuer zahlen, sind nach unserer Gesetzgebung noch nicht anständig genug, besitzen noch nicht den nöthigen Verband, nicht die nöthige Intelligenz, um die Funktionen eines Landesvertreters zu übigen. Dazu gehört ein Mann, der mindestens zehn Thaler direkten Staatssteuer zahlt, dieser erst besitzt die nöthige Intelligenz, den nöthigen Verband und was damit zusammenhängt. (Bravo!). Sie sehen, meine Herren, an diesem nach hingeworfenen Kasus, wie das Geldinteresse, das Besitzthum, in der gegenwärtigen Landesvertretung in Sachsen einzig und allein zur Vertretung gelangt. Es ist keine Schmeichelei für die Steuerzahler, sich ja nicht lassen zu müssen: ihr seid nicht reich, gewählt zu werden; ihr müßt einem Reichtthummann unter euch eure Stimme geben!

Dies war auch der wesentlichste Grund, der die Sozialdemokratie in Sachsen bestimmte, von jeder Theilnahme an der Landtagswahl bisher abzusehen, selbst da, wo die Möglichkeit eines Durchbringens ihres Kandidaten in Aussicht stand. Meines Erachtens ist nach Lage der Dinge unsere Aufgabe jetzt die: wir müssen jedes Mittel, das uns zu Gebote steht, benutzen, um für unsere Prinzipien Propaganda zu machen. Wenn wir auf den Reichstag, auf die Landtage Vertreter schicken können, wenn wir sie in den Gemeindevortretungen haben, dann können wir, wenn wir auch vorläufig noch nicht in der Lage sind, einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben, doch wenigstens dort von öffentlicher Stelle, von der Tribüne aus, deren Bedeutung und Wirkung auf die Massen wir nicht verkennen dürfen, unsere Prinzipien vertreten, und wenigstens den Gegnern ins Angesicht die Ungerechtigkeiten schleudern, die sie Tag für Tag an der arbeitenden Klasse begehen; wir können auf diese Weise die Tribüne der Landesvertretungen, die Tribüne der Gemeindevortretungen benutzen, um für unsere Prinzipien, unsere Ideen Propaganda zu machen; wir haben damit ein neues ausgezeichnetes Agitationsmittel gewonnen. Es ist nicht zu verkennen: wenn wir erst Gelegen-

heit haben, in dieser Weise unsere Stimmen geltend zu machen, wie auch so mancher ungerechter Einrichtung, unter der heute die Arbeiterklasse leidet, ein Ende machen können. Man wird nicht mehr wagen, mit der Schamlosigkeit, wie sie jetzt so oft in den gesetzgebenden Körpern zu Tage tritt, über die Interessen der Arbeiter zu verhandeln, nicht mehr, mit jener schon oft dokumentirten Rücksichtslosigkeit gegen das Interesse der Arbeiterklasse vorzugehen. — Man wird sich einigermassen in Acht nehmen, wann wird die öffentliche Meinung fürchten und sich sagen müssen, daß ein Wort, von einer dieser Tribünen aus gesprochen, bei den Massen ganz anders zündet, als wenn es von einer Volksversammlung oder einer anderen Versammlung ausgeht. Also wesentlich aus diesem Grunde, ich gehe es offen, halte ich es für unbedingt notwendig, daß die Sozialdemokratie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts eintrete.

Bezüglich der Gemeindegeldsteuer hebe ich noch hervor, daß die Arbeiter überall zu den Kommunalsteuern, in Sachsen und Preußen sogar vielfach zu höheren Steuern, als sie der Staat beansprucht, herbeigezogen werden. Ich habe neulich in Leipzig ausgeführt auf Grund eines von der Leipziger Behörde selbst ausgearbeiteten statistischen Nachweises, daß die arbeitende Klasse einen unverhältnismäßig hohen Antheil der direkten Kommunalsteuern aufbringen muß, aber gar kein Wahlrecht ausüben darf, daß sie gar keine Mittel und Wege hat, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen, daß sie gar keine Verfügung über städtische Aemter hat.

Es ist charakteristisch für unsere Bourgeoisie, daß sie heute, wo sie, wenn auch nicht formell, so doch faktisch durch den kolossalen Einfluß, den sie durch ihre soziale Stellung, durch die Presse, durch die Bildungsinstitute, die sie in den Händen hat, und endlich durch ihre Vertretung im Staat und in der Gemeinde auf Staat und Gemeinde ausüben kann, es ist charakteristisch für die Regierungsmacht und das Regierungsvermögen unserer Bourgeoisie, daß die Erhöhung der Steuern und das Schuldenmachen unter ihrer Herrschaft von Jahr zu Jahr zunimmt. (Beifall.) Und noch charakteristischer ist, daß die Bourgeoisie das, was zur Verzinsung oder Deckung gemachter Schulden wie an neuen Steuern aufgebracht wird, vorzugsweise der arbeitenden Klasse aufzuhalsen verzieht, die zusammengebrachten Summen selbst aber nur zum geringsten Theil im Interesse der arbeitenden Klasse verwendet werden. (Bravo!)

Meine Herren, es ist notwendig, daß wir nicht bloß im Allgemeinen wissen, wie mit den Staats- und Kommunalgeldern gewirtschaftet wird, sondern es ist nöthig, daß wir Leute haben, die genau und gewissenhaft die Zustände untersuchen, und sich nicht scheuen, den vorhandenen Schmutz aufzuräumen und ans Tageslicht zu bringen. Wir müssen genau wissen, wie in den Kommunalverwaltungen, in den Staatsverwaltungen mit den Mitteln aus dem Volksäckel umgegangen wird. Seien Sie versichert, wenn wir erst volle Einsicht in diese Dinge bekommen, daß uns die Haare werden zu Berge stehen über die Art und Weise, wie mit dem Schweiße des Volkes, mit seinen lauer erworbenen Großgeldern gewirtschaftet wird, und aus diesem Grunde ist es unbedingt notwendig, daß wir alle Mittel in Bewegung setzen, um das allgemeine Wahlrecht für die genannten Körperschaften zu bekommen.

Meine Herren, ich glaube, daß die Arbeiterpartei eine solche Macht erlangt hat, daß sie mit Anwendung ihrer gewohnten Energie allerdings einen ganz gewaltigen moralischen Druck auf die Regierungsgewalt sowohl wie auf die in den gesetzgebenden Körpern und in den Gemeindevortretungen stehende Bourgeoisie ausüben kann. Wir müssen es uns dringend angelegen sein lassen, über die Staats- und Gemeindevortretungen die genauesten Aufschlüsse zu bekommen, damit wir vor die Massen hinstreten und ihnen zeigen können, wie gewirtschaftet wird, und wir ihnen zeigen können, wie notwendig es ist, eine Umgestaltung der bestehenden Zustände herbeizuführen.

Meine Herren! Schenkt man von Seiten der Regierungen, von Seiten der Landesvertretungen, von Seiten der Bourgeoisie in den Gemeindevortretungen — und sie berstet hier ausschließlich, die Bourgeoisie — unsere Forderungen kein Gehör, dann, meine Herren, werden wir uns hierüber nicht sehr grämen, denn die Folge wird sein, daß vielen Tausenden, von Arbeitern nicht allein, sondern auch vielen Tausenden und aber Tausenden aus dem Kleinbürgerstande, die mit uns an demselben Stränge zu ziehen haben, die mit uns in denselben drückenden Zuständen existieren und leben, dann die Augen geöffnet werden. Meine Herren! Die Einsicht und Ueberzeugung von der Ungerechtigkeit der gegenwärtigen politischen wie sozialen Verhältnisse wird dann in immer weiteren Kreise verbreitet werden; es wird in allen Arbeitern, in allen Volkstheilen die Ueberzeugung ausbäumen, daß, wo ein solches ungerechtes System existirt, wo die Staatsgewalt, wo die herrschenden Klassen sich so energisch dagegenstemmen, den gerechten Forderungen Gehör zu schenken, sie verpflichtet sind, jedes ihnen zu Gebote stehende Mittel zu benutzen, um eine Aenderung herbeizuführen. Und, meine Herren, ich betone, wir haben nicht nöthig, an die Gewalt zu appellieren. Wenn das Volk einmüthig aufsteht, seinen Willen kund thut, so will ich sehen, wer ihm widersteht. Wir brauchen nicht an die Gewalt zu appellieren, und wenn unsere Gegner aus Angst und Verzweiflung dazu greifen, nun, am Ende lassen sich Ideen nicht tobischöpfen, lassen sich Ideen mit Hintertüren schüffen nicht aus der Welt schaffen. (Bravo!)

Wenn es gewaltthätige Unterdrückungen, Marter und Verfolgungen gethan hätten, so hätte das Christenthum nicht siegen können, so wäre die Reformation vernichtet worden, und die Revolutionen unserer Bürgerklasse, um den alten Feudalstaat zu stürzen, unmöglich gewesen. Welche Macht haben die Regierungen angewandt, den jetzigen bürgerlichen Staat nicht aufkommen zu lassen! Es hat alles nichts genützt; die Idee des Bürgerthums, sie siegte. Die Geschichte aller Periode zeigt, daß das Volk, wenn es etwas ehrlich will, auch die Mittel hat, seinen Willen durchzusetzen. Wir dürfen uns nur nicht abhalten lassen, mit aller Energie für die Erlangung desjenigen einzutreten, was wir als unser gutes Recht betrachten und wir werden siegen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Ein Urtheil über den Sozialismus.

Dr. Siebenhaar, einer der tüchtigsten Juristen Sachsens, Vizepräsident des Oberappellationsgerichts in Dresden, sagt in seinem soeben erschienenen „Lehrbuch des sächsischen Privatrechts“ (Leipzig 1871), S. 88 über den Sozialismus:

„Der Sozialismus, in so weit, als er den Zweck hat, den Unterschied aufzuheben zwischen Menschen, welche das Recht haben, sich durch die Arbeit Anderer zu bereichern, und Menschen, welche dazu bestimmt sind, im Interesse der Kapitalisten und Spekulanten zu arbeiten und ein kummervolles Leben zu führen, hat nach meiner Ansicht volle Berechtigung.“

Allerdings von dem „Kommunismus“ will Dr. Siebenhaar nichts wissen, er hat aber offenbar den mythischen „Theilen“-Kommunismus im Auge, der in der Tagesliteratur spukt, in Wirklichkeit jedoch nicht existirt. Der wirkliche Kommunismus will, den Unterschied heben zwischen Menschen, welche in der heutigen Gesellschaft das Recht haben, sich durch die Arbeit Anderer zu bereichern und Menschen, welche dazu bestimmt sind, im Interesse der Kapitalisten und Spekulanten zu arbeiten“ — er will also genau dasselbe, was Dr. Dr. Siebenhaar für berechtigt erklärt, und zwar will er dies auf die einzig mögliche Weise: durch Abschaffung des Lohnverhältnisses, und Ersetzung der Lohnarbeit durch genossenschaftliche Arbeit. Ist die ganze Produktion (und mit ihr natürlich auch die Konsumtion) genossenschaftlich organisiert, und erhält jeder Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit, so ist die Ansammlung von Privatkapitalien unmöglich geworden, und der Kommunismus besteht thatsächlich. Denn der Kommunismus ist nichts anderes als die letzte Konsequenz des Sozialismus; oder mit andern Worten: Der Kommunismus ist der durchgeführte Sozialismus.

Genf, den 2. September. Seit dem Bestehen des Auslieferungungsvertrags (1869) zwischen Frankreich und der Schweiz in Betreff gemeiner Verbrecher ist unser hochgepriesenes Asylrecht in einen sehr leidenden Zustand gerathen, woran es wahrlich in den letzten Wochen gestorben wäre, hätte ihm nicht die Arbeiterklasse frische Lebenskraft zugeführt. Gleich nach der leisesten Anzeige, daß die Pariser Ordnungsetreter, auf gedachten Vertrag gestützt, die Auslieferung der Kommunisten begehrt, veranfaltete die hier heimathrechtliche Arbeiterklasse eine große Volksversammlung (29. Mai), deren energische Beschlüsse zu unverkümmerter Aufrechterhaltung des Asylrechts von vielen Schweizer- Arbeitergesellschaften warm unterstützt wurden. Diesen Demonstrationen gegenüber gaben die Landesbehörden beruhigende Versicherungen. Aber bald sandten die Pariser Mordbrenner, Bombenschleudrer und Kugelspritzer, von ihren Spionen gut bedient, eine Liste von einigen 30 in Genf weilenden Flüchtlinge, deren Auslieferung als gemeine Verbrecher begehrt. Unsere Landesbehörden, die, als Ausfluß vollendeter Bourgeoischheit, so viele Lebensinteressen mit den ausländischen Gesellschaftsparteien gemein, so frappante Seelenähnlichkeit mit ihnen und neben den Auslieferungsverträgen die Handelsverträge mit besonderer Vorliebe im Auge haben, konnten nicht widerstehen, ihre eigne Ordnungsetreuerweise und ihre Nachbarfreundlichkeit zugleich zu offenbaren, und der Befehl zu den Verhaftungen wurde gegeben. Freilich hat sich der hohe Bundesrath vorbehalten, die Anklagepunkte betreffs gemeiner Verbrecher genau zu untersuchen und die Auslieferungsforderung nicht einem Schwurgerichtsverfahren, sondern dem eignen hochweisen Ermessen anheim zu stellen. Indessen hatte sich die Flüchtlingskolonie bedeutend vermehrt, vertreten durch Männer und Frauen, Greise und Kinder, Wittwen und Waisen. Das saubere Verhaftungsgefährt wurde unter der wohlwollenden Beihilfe der Pariserer Spürspiegel mit Nazoua, dem Exkommandanten der Pariser Militärschule, begonnen, worauf, wie begreiflich, die andern Kommunisten den Luchsblicken der Polizei entwandten, und zwar — Dank der brüderlichen Sorgfalt der Arbeiter — ohne in ihrem Versteck zu verhungern. Unverzählig versammelte sich der Verein der einheimischen Arbeiterschaft, sandte des andern Morgens eine Deputation an den Genfer Staatsrath und drei Tage nachher (23. Juli) an diesen, wie an den Schweizer Bundesrath in Bern eine, mit einer wissenschaftlich gehaltenen, 52 Seiten starken Denkschrift begleiteten Petition und Protestation. Dieses Atteststück wurde überdies an alle Mitglieder des National- und Ständeraths, an alle Kantonsregierungen, Arbeitervereine und Zeitungsredaktionen gesendet. Die Bourgeoispresse verlegte sich, wie gewöhnlich, auf's Todtschweigen und die ganze radikale Partei der Schweiz fand nicht, wie früher in ähnlichen Fällen, Veranlassung zu einer Volksversammlung. Die Schweizer Bundes- und Genfer Kantonsregierung erklärten zur Schwächtigung der Arbeiterstimmung, daß ohne völlige Beweisführung des Vorhandenseins eines gemeinen Verbrechers an eine Auslieferung nicht zu denken sei. Dabei verstrichen aber viele Wochen und Nazoua genof das bis zur radikalen Bourgeoischheit selbst von der alten Aristokratie durch alle Besitztümer aufrechtgehaltene Asylrecht — im Kerker. Die Arbeiter sandten Deputationen auf Deputationen in steigend entschiedener Sprache an die hiesige Regierung. Der Deputationswechsel zwischen Genf und Bern und Bern und Versailles wurde lebhafter. Die erste Serie der Anklagepunkte von Mordbrennerei, Plündererei u. wurde in Genf und Bern nicht für stichhaltig gefunden, die zweite für noch weit unzulänglicher. Aber immer noch blieb Nazoua im Genue neuschweizerischer Gastfreundschaft von Frei-Kost und Logis — im Gefängniß; der Verduldssaden der Arbeiterschaft kam nahezu ans Zerreißen und wurden in Zuschriften, Kantons- und Bundesbehörden die ernsthaftesten Vorstellungen gemacht und Anstalten zur Organisation von Volksversammlungen durch die ganze Schweiz getroffen. Der Bundesrath ließ die Regierung in Versailles wissen, daß, wenn keine triftigeren Beweisgründe anlangen, der Inhaftirte nach Verlauf von acht Tagen freigegeben werde, da er, Bundesrath, sonst der Genfer Regierung und dem Schweizervolk gegenüber in eine mißliche Stellung gerathe. Die Herren Pariser in der Verlegenheit, keine Verbrecherbeweise auffinden zu können, waren denn so gnädig, „um den Bundesrath vor jedweder mißlichen Stellung zu bewahren“, ihr Auslieferungsbeghren zurückzuziehen. Welch' modernstaatsmännisches Kunststück! mit einem Sprunge sich selbst und dem Freund Nachbar aus der Patzche geholfen, sein Ansehen gerettet und den Schein, letzterem gefällig gewesen zu sein, gewonnen, ihm aber in der That eine Ohrfeige versetzt zu haben. So kam Nazoua am 25. August auf freien Fuß, athmet die Flüchtlingschaft wieder freier auf und ist des Asylrechts, wenn auch noch nicht ganz gesunder, doch auf dem Wege guter Besserung. An Wache und Pflege werden es die Arbeiter nicht fehlen lassen.

Unsere Verforgungsmäßen für die neue Flüchtlingskolonie sind nicht gering und stehen wir auch auf dem Punkte der Gründung einer Erziehungs- und Unterrichtsanstalt für die Waisen, woran jedoch auch die Kinder aller Internationalen Theil nehmen können. Es sollen in dieser Anstalt Theorie und Praxis — Wissen und Können — Hand in Hand gehen, die Kinder also nach Kraft, Fähigkeit und Neigung zu landwirtschaftlicher und industrieller Produktion herangezogen werden. Am schwierigsten dabei wird der Finanzpunkt zu lösen sein, da die Flüchtlingschaft im Ganzen in sehr nothdürftigem Zustande ist und man alle fernere Theilnahme doch nur fast gänzlich von der überall ausgedraubten und enterbten Arbeiterklasse erwarten darf. Und dennoch leistet diese arme Klasse in Ausübung werththätiger Brüderlichkeit oft wahre Wunder. So konnte man von hier aus, wo man wegen der nahen Grenze Frankreichs so sehr in die Mitleidenschaft des Kriegs und der Kommunerevolution gezogen wurde und unsere Parteistassen, trotz oft wiederholten außerordentlichen Beiträgen-Sammlungen völlig leer waren, dennoch in kurzer Zeit über 15 000 Frs. den wegen der Arbeitseinstellung bedrängten Brüdern in St. Gallen ein-senden. Dagegen hat die Zentralsektion der Internationalen in New-York fr. 610 zur Unterstützung der Kommunisten herbeigeholen lassen, welcher Summe die Bundesgenossen von Frankfurt und Barmen kleine Beträge beifügten. So reichen sich die Arbeiter über Berge und Meere die Hand, und wer sollte da noch verzagen?

lands werden hiermit dringlichst vor der Anwerbung von hier nach Newcastle on Tyne in England, um dort in Arbeit zu treten, gewarnt. Kollegen! Nicht bloß jetzt man sich auf der Reise dahin der größten Noth und Gefahr aus, denn wenn man auch dort nach suchbaren Strapazen, die schon einem unserer Kameraden das Leben gekostet haben, glücklich ankömmt, so ist man doch seines Lebens nicht sicher wegen der übergroßen Erbitterung der englischen Arbeiter, sondern es ist auch Alles, was hier von den Agenten, welche die Arbeiter anwerben, versprochen wird, um sie dort ins Elend zu schicken. **Lüge und Verrath.** Der Strike der englischen Arbeiter in den Maschinenfabriken ist keineswegs aufgehoben oder zu Ende, sondern es sind in Newcastle on Tyne noch 9000 feiernde Arbeiter, welche aus der dortigen Strikeliste erhalten werden, obgleich nahezu 6000 in anderen Fabriken untergebracht sind. Trotz ihrer also sehr bedrängten Lage haben die dortigen Arbeiter über 600 Thlr. geopfert, um die ersten 120 deutschen Arbeiter, welche dort angekommen waren und einige Tage gearbeitet hatten, wieder fortzuschaffen und zwar einige 80 Mann nach London und 17 Mann direkt nach Berlin. Wir erklären bestimmt, daß auch ferner alle Arbeiter, welche nach uns dort ankommen, wenn sie erst mit eigenen Augen die Verhältnisse betrachtet haben, wieder zurückkehren werden, denn dort blüht für sie kein Glück, und die englischen Arbeiter werden Alles aufbieten, um sie zurückzuhalten. Die englischen Arbeiter wollen nur ihre natürlichen Rechte, wofür sie schon seit 4 Monaten kämpfen, vollständig erringen, und da müssen wir ihnen Glück wünschen, und nicht die Hand dazu bieten, sie unterdrücken zu helfen. Also nochmals, lasse sich Niemand verleiten nach Newcastle zu gehen, er würde es bitter bereuen. **H. B. Vertram.** Kamrath, nebst noch 14 Mann, welche aus England auf Kosten der englischen Strikeliste zurückgeführt sind.

Man sieht aus Obigem, daß unsere Landsleute den Fehler, nach Newcastle zu gehen, in nobelster Weise wieder gut gemacht, und, statt die Büttel des Kapitals zu spielen, mit den englischen Proletariern sich verbrüderet haben. Ausgenommen bei den direkt betroffenen Meistern, ist der Eindruck, den sie in England hervorgebracht, ein sehr günstiger, wie denn überhaupt die deutsche Arbeiterklasse durch ihre muthige, prinzipientreue, wahrhaft humane Haltung seit dem Beginn des letzten Krieges und namentlich seit Gründung der Kommune sich die Achtung des englischen Publikums, insbesondere des Proletariats erworben hat, so daß ein, in seinen Ausdrücken sehr gemäßigter Freund uns aus London schreiben kann: „Die deutschen Arbeiter erobern uns mehr Respekt als Bismarck und Molke mit allen ihren Erfolgen.“

In voriger Woche ist in Brüssel das Kommune-mitglied **Gustav Tridon** gestorben. — Tridon, 1841 in Chatillon geboren, gehörte durch Geburt der privilegierten Klasse an, was ihn aber nicht hinderte, ein eifriger Vorkämpfer des Proletariats zu sein. Wie sein Freund **Gustav Lourens** opferte er sein Vermögen, seine Kenntnisse, seine verwandtschaftlichen Beziehungen, seine soziale Stellung überhaupt, dem Dienste des Sozialismus, dem er kurz vor dem Ende der Kommune in Folge von körperlichen Leiden entsagen mußte. Während der ersten Belagerung von Paris war er Bataillonschef und Mitredakteur der **Blanqui'schen** Zeitung „**La Patrie en danger**“; nach dem 18. März wurde er mit 30,000 Stimmen zum Mitglied der Kommune gewählt. Nur mit großer Mühe gelang es, beim Einrücken der Versailler in Paris, dem schon schwer Kranken nach Brüssel zu entkommen. — An der Beerdigung Tridons beteiligten sich die verschiedenen Brüsseler Freidenker-Gesellschaften, und die belgischen Sektionen der Internationalen hatten zusammen 15 Vertreter hingesandt. Die „**Liberté**“ vom 4. September enthält die Grabreden, welche dem Andenken des verstorbenen Vorkämpfers von 14 Parteigenossen gewidmet wurden.

Seit dem 2. September befindet sich **Cournet**, von der Kommune, in London, wo auch **Fränkel** sich aufhält. In der vorletzten Sitzung des Generalraths (der sich alle Diensttage versammelt) wurden die Kommune-mitglieder **Bastelica**, **Fränkel** und **Chatlain** einstimmig in den Generalrath gewählt.

Deutsche „**Freizügigkeit**“. Parteigenosse **Ufert**, der vor einigen Wochen aus Chemnitz ausgewiesen worden war und sich nach Dresden gewandt hatte, ist vor einigen Tagen auch aus der Hauptstadt seines sächsischen „Vaterlandes“ politisch ausgewiesen worden, und zwar auf Grund eines bieder-männlichen Artikels der „**Dresdener Nachrichten**“. Der ständige Leipziger Denunziations-Biedermann findet indeß, wie wir hören, diese Abschlagszahlung im Verhältnisse zu seinen Bemühungen sehr gering. Nun — dem Manne kann geholfen werden.

Crimmitschau. Das hiesige Gerichtsamt hat wegen eines zu den letzten Reichstagswahlen von hier aus ergangenen Wahlaufsatzes den Drucker **Gnauf** zu einem, den interimistischen Redakteur des „**Crimmitschauer Bürger- u. Bauernfreund**“, **Vahlreich** (als den Verbreiter), zu drei, endlich den damals mit der Redaktion des „**Volkshaar**“ beschäftigt gewesenen **Carl Hirsch** (als den Verfasser, unter Einrechnung einer außerdem noch wegen Beleidigung des Kaisers erkannten Strafe) zu vier Monaten Festungshaft verurtheilt. Die Betroffenen haben Berufung eingelegt.

(Crimmitschauer „**Bürger und Bauernfreund**“.)

Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

An den Vorsitzenden **Hrn. Motteler.**
In Nr. 71 des „**Volkshaar**“ von Ihnen angeforderte, Aufschluß über das Verbleiben des mir von Ihnen zugesandten Materials, als Duitungsblätter, Karten u. zu geben, theile ich Folgendes mit:
1. Was zunächst die Zahl der Bücher und Karten anbelangt, so müssen Sie doch wissen, daß ich Ihrer Anweisung gemäß die Hälfte an **Hrn. Braude** in Braunschweig sandte, mithin nur über die übrige Hälfte verfüge.
2. Nachdem ich damals in **Düren** und **Birkfeld** Mitgliedschaften gegründet hatte, in **Kachen** und **Eisendorf** solche in Bildung begriffen waren, mußte ich ungefähr 2 Monate im **Kachen** Geschäft zubringen. Hierdurch, und noch besonders durch die Willkür des **Herrn von Schweiger**, der, nachdem er vernommen, daß unsere Partei dort Boden gewonnen hatte, 3-4 Agitatoren hinstellte, um unsern Sieg zu hintertreiben, wurde die Agitation gebremst.
3. Was von dem Material noch übrig geblieben, habe ich den Parteigenossen in **Schweiger** übergeben, mit dem Bemerkten, wenn man es nicht brauche, es Ihnen wieder zuzusenden. **Hr. Kölsch** aus **Main**, der aber um diese Zeit ebenfalls in **Schweiger** anständig war, und speziell diesen Auftrag übernommen hatte, mußte ebenfalls die Gegend verlassen, und so wird der Rest des Materials noch in **Schweiger** sein,

und die dortigen Parteigenossen werden, nachdem sie dies gelesen, Ihnen selbige wieder zuschicken.

4. Sie wollen sich mehrmals brieflich an mich gewandt haben! **Ich habe aber seit jener Zeit kein Schreiben von Ihnen erhalten**, und übrigens hielt ich die Sache für geregelt.

Noch muß ich bemerken, daß ich für **Brief- u. Porto** und **Depeschen** 1 Thlr. 16 Gr. vorgeschossen hatte, welches Geld mir von den Mitgliedern in **Birkfeld** zurückgegeben wurde.
Reuiges h. Ueberfeld. **Fried. Obermann Rosenstr.**

Crimmitschau am 30. August. „**Unser Anzeiger**“, in treuer Bundesgenossenschaft mit dem **Reeraner „Tageblatt“**, bringt neuerdings und zwar von ein und demselben Tage (218) folgende Annonce: „**Das sich denn die Gesellschaft**

„**Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter**“, deren Sitz in **Ehlingen** ist und welche auch im Jahre 1870 einen **Lokal-Verein** in **Grünberg** und **Merlach** und dgl. noch in vielen andern Orten gegründet, gänzlich aufgelöst, und wenn dies der Fall sein sollte, aus welchem Grunde?

„**Ferner: Zu welchem Zwecke** ist der vorhandene **Kassenbestand** dieser Gesellschaft verwendet worden?

„**Da man seit Jahr und Tag** hierüber trotz aller Nachforschungen nicht das Geringste hat in Erfahrung bringen können, so bittet um baldigste Antwort. **Das Mitglied G. A. in G.**“

Auf diese Annonce wurde sofort am 29. August geantwortet: „**Beschwerden** gegen **Folballe** vollmächtig werden **laut Statut** bei der unterzeichneten Verwaltung angebracht, ebenso sich als berechtigt Legitimirenden jede gewünschte Auskunft ertheilt.

Für die Vorortverwaltung:
Julius Motteler, Vorsitzender,
Jacobsgasse Nr. 338.

Da nun diese Antwort heute wiederholt im „**Bürger- und Bauernfreund**“ zu lesen ist, so kann man wohl annehmen, daß die Annonce des **Herrn G. A. in G.** im **Crimmitschauer „Anzeiger“** entweder eine jener Finten oder Verleumdungen ist, die stets mit offenen Armen begrüßt werden und womit sich unsere ehrsame Presse schon manchen Dummheiten gefangen hat, oder daß **Herr G. A. ge. „Büchener“** worden ist, aber sein Buch nicht in Ordnung, also keine Ansprüche hat! Und — wer den Sitz seiner Gewerkschaft weiß, der müßte doch unbedingt auch deren Verwaltung, Statuten und Organ kennen, und wer diese nicht kennt, ist ein faules Mitglied. Daß unsere Verwaltung den **Bruder Grünberger** nicht im **Crimmitschauer „Anzeiger“** antwortet, ist selbstverständlich, und wir senden diese Notiz nur in der Absicht, den Genossen zu zeigen, mit wie viel Verstand unsere Feinde für ihre gläubigen Vorgesetzten den Popanz machen.

Die nationalliberale Denunziationsfertigkeit wird noch lange anhalten, und trotz täglicher Blamagen sind diese supiden Schwäger immer frech wie die **M... Fliegen**. An den Pranger mit ihnen!

Halberstadt. (Zum Strike der Cigarrenarbeiter.) Nachdem bis jetzt der Strike hier 8 Wochen glänzend behauptet ist, haben die Fabrikanten von Neuem beschlossen, bis zum 1. Oktober auszuweichen, indem sie hoffen, daß gerade zu dieser Zeit durch die fällige Miethe die Arbeiter in die äußerste Noth getrieben werden, und daß das Elend bis auf's Neueste gesteigert werden muß, um die Arbeiter dann desto mehr zu knechten.

Kollegen! Wir haben einstimmig beschlossen, unter keinen Umständen zu weichen, und auch jetzt noch fest anzuharren; wir wissen, daß wir dann siegen müssen; wir sind der festen Zuversicht, daß unsere Kollegen uns nicht verlassen werden. Hülfe thut Noth, und das schnelle und kräftige. Darum Kollegen, noch einige Wochen Hülfe, so wird nicht bloß unsere Sache, sondern schließlich die Sache der gesamten Arbeiterpartei zur Geltung kommen.

Unterstützungen bitte zu adressiren an unsern Strike-Kassirer **Johann Kolden, Kornstraße 20.**

Mit kollegialstem Gruß für das Komitee: **Richard Kahlberg.**

Berlin. Auch heute noch sind wir nicht im Stande, über das Resultat des verflochtenen **Maurer strikes** ein positives Urtheil abzugeben, — so einander widersprechend sind die uns zugegangenen mündlichen und schriftlichen Berichte. Hoffentlich bringen die nächsten Tage etwas Licht in diese Angelegenheit, deren baldige und sorgsame Prüfung wir namentlich unseren Berliner Parteigenossen ans Herz legen wollen. — Der **Tischlerstrike** hat alle Aussichten auf günstigen Erfolg. Aus den **Bourgeoisblättern** erfährt man, daß die Meister die Berechtigung der Forderungen der Gesellen wohl einsehen und die Lohnhöhe gewahren wollen; nur möchten sie dies in einer Art thun, welche nicht wie eine „**KonzeSSION**“ an die Gesellen aussieht.

Zu den streikenden Tischlern haben sich auch die **Feilenhauer** gesellt und werden diesen die **Wörter, Drechsler und Bildhauer** Berlins bald folgen. Da die Forderungen der Arbeiter der drei letztgenannten Kategorien sehr mäßig sind und ihr Lohn anerkannt unzureichend ist, — die **Drechsler** beispielsweise verdienen jetzt weniger als vor 10 Jahren — so dürfte sich hier die Differenz auch ohne die Krisis eines Strikes theilweise beseitigen lassen.

Budau. In der „**Magdeburger Zeitung**“ fanden wir die Annonce, daß für eine rheinische Fabrik **Dreher, Schlosser, Modelistischer, und Formner** gesucht wurden. Wir erklärten in dieser Annonce eine Hinterlist, begaben uns sofort nach dem in der Annonce benannten Lokal und hatten uns auch nicht getäuscht, denn wir fanden da — zwei **Barmer** Agenten. Nach unserm Befragen, ob es eine neue Fabrik wäre, sagte der eine: nein, die Arbeiter hätten die Arbeit eingestellt, sie aber wieder ausgenommen und durch das Abreisen vieler Arbeiter mangelte es jetzt an Arbeitskräften. Wir sagten den beiden Herren dersh unsere Meinung. Nun hatten wir nichts Geringeres zu thun, als die Arbeiter der verschiedenen Fabriken zu warnen. Aber es giebt in dieser Gegend noch Individuen in Masse, welche ihren hungernden Brüdern den Kampf erschweren und nach **Barmen** abreisen. Dieser Schiedsrichter entgegenzutreten, wurde durch den Unterzeichneten eine Versammlung anderaumt mit der Tagesordnung: „**Die Arbeitseinstellung in Barmen und das Verhalten der Fabrikanten dajelbst.**“ Zum Vorsitzenden wurde **Dremel** und Unterzeichneter gewählt.

Referent **Bremer** aus **Magdeburg** wirft folgende drei Fragen auf: I. **Woburd** entstehen die Arbeitseinstellungen? II. Sind dieselben gerechtfertigt? III. **Kann** durch dieselben der Arbeiter wirklich eine menschenwürdige Existenz erringen?

1) Die heutige Vertheilung der Produktionsereignisse ist im höchsten Grade ungerecht. Der Arbeiter, welcher alle Werte, folglich alle Kapitalien schafft, wird vermög dieser um die Frucht seiner Arbeit betrogen und erhält einen kleinen Theil in Form des Lohnes. Durch das Lohnsystem wird der Mensch mit seinem Schaffen der todtten Waare gleichgestellt und verfällt dieser dem Geiste der Konkurrenz, dem Geise von Angebot und Nachfrage. Innerhalb der heutigen Arbeitseinstellung ist der Arbeiter, seines Menschthums beraubt, zur Maschine, dem todtten Arbeitsinstrument, degradirt. Je mehr der Arbeiter zur Erkenntniß gelangt, desbomehr sträubt sich sein ihm innewohnendes Menschthum gegen diese unwürdige Organisation der Arbeit, daher die krampfhafteste Anstrengung zur Erringung seines ihm geraubten Menschthums und des ihm genommenen Ertrags seiner Arbeit. Da haben wir die Ursache; die ädile Wirkung — das sind die Arbeitseinstellungen.

2) Da wir nachgewiesen haben, daß der Arbeiter, um als Mensch zu seinem Rechte zu gelangen, nothwendigerweise selbst Hand anlegen muß, so müssen wir auch bekennen, daß, da der Arbeiter sich innerhalb der Strikes im Kampfe für Recht, im Kampfe gegen seine ihn des Arbeitsvertrags und des Menschthums beraubenden Gegner, befindet, die Arbeitseinstellungen als Kampfmittel ihre Berechtigung haben und so lange auftreten werden, bis die Ursache, wovon sie die Wirkung sind, beseitigt ist. Deshalb ist es die Pflicht der Arbeiter, sich zu organisiren, und daß die Arbeiter eines Orts mit denen aller übrigen Orte eines Landes in eine nationale Verbindung treten, welche wiederum in Kartellvertrag mit den Verbindungen der Arbeiter aller zivilisirten Länder zu treten hat. Alle für Einen — Einer für Alle!

3) Da wir gesehen haben, daß der Arbeiter, wenn selbst politisch frei, vermög des heutigen Lohnsystems seines Menschthums beraubt, der todtten Sache gleichgestellt ist, so kann er sich nun und nimmermehr vermög der Arbeitseinstellung, durch welche er den Versuch macht, sich als lebendiger Mensch zu bewegen, von dieser ihm

aufgelegten drückenden Last befreien. Die Arbeitseinstellungen treffen nicht hin, um das Lohnsystem zu beseitigen, deshalb muß der Arbeiter von der politischen Seite angriffen, die Macht der Gesetzgebung in seine Gewalt zu bringen suchen und vermög dieser die heutige Produktionsweise umformen, an Stelle des Lohnes den Arbeitsertrag stellen. Er muß den Staat dahin reformiren, daß alle Privilegien, alle Ungerechtigkeiten beseitigt wird, daß Niemand Knecht ist und Keiner Herr sein darf, daß Alles geschieht, was Jedem nützt und Keinem schadet, daß Niemand Rechte ohne Pflichten hat: das ist die wahre Aufgabe der Arbeiterklasse, das ist der einzig erfolgreiche Weg, der zum Ziele der Wahrheit, der Freiheit, der Gerechtigkeit, also zur Beseitigung der Noth und des Elends der unteren Volksklasse führt.

Hierauf wird folgende Resolution verlesen und angenommen: „**In Erwägung**, daß die heutige Versammlung erkannt hat, daß die Arbeitseinstellung der Metallarbeiter zu **Barmen-Uberfeld** gerecht ist, erklärt dieselbe, daß es ungerecht ist und die eigenen Interessen des Arbeiters schädigt, wenn nicht Jeder den Zugang von Metallarbeitern dorthin abzuhalten strebt.“

Nach einer kurzen Beleuchtung des **Hauspflichtengesetzes** wurde bekannt gemacht, daß am Montag Abend in **Magdeburg** eine öffentliche Versammlung stattfindet. **Kobann** wurden die Arbeiter aufgefordert, sich mehr um die Arbeiterinteressen zu kümmern, und daß sie Blätter lesen, die die vollen Interessen der Arbeiter vertreten; und als solche wurde der „**Volkshaar**“ und der „**Sozialdemokrat**“ empfohlen. Vor Schluß der Versammlung wurde nochmals aufgefordert, die kämpfenden Brüder in **Barmen** durch reichliche Geldmittel zu unterstützen; aber es kam nur die winzige Summe von 3 Thlr. für die streikenden Metallarbeiter zusammen und der Unterzeichnete und **Schwarzstein** wurden beauftragt, sie nach **Barmen** zu senden. **Zimmerlin** scheint hier der Siegestaumel zu schwinden und der sozialdemokratische Geist die Oberhand zu gewinnen. **Mit Gruß** **H. Probst.**

Zur Notiz.
Es werden von **Bourgeoispekulanten** sogenannte „**Geschichten der Pariser Kommune**“ verkauft, die nichts anderes enthalten, als die bekanntesten Lügenmärchen der Tagespresse. Wir warnen die Parteigenossen vor diesen Machwerken. Sobald das nöthige Material beisammen ist, wird die Redaktion des „**Volkshaar**“ in Uebereinstimmung mit dem Generalrath der Internationalen Arbeiterassoziation und unter Mitwirkung der überlebenden Kommune-mitglieder eine altentmähige Geschichte der Pariser Kommune veröffentlichen.

Duitung.
Der Unterzeichnete hat für die streikenden Tischler Berlins erhalten: Von den Arbeitern der **H. Franke'schen** Pianofortefabrik 3 Thlr. 17 Gr. Von den Tischlern der **J. B. Müller'schen** Werkstatt 17 Gr. Ertrag der Sammlung bei der Tischler- und Pianofortearbeiter-Versammlung in der **Wesendehalle**, nach Abrechnung der Kosten für die Plakate 4 Thlr. 13 Gr. Von den Arbeitern der **Bausfabrik** 3 Thlr. 22 Gr. Von den Arbeitern der **Königl. sächs. Hof-Pianofortefabrik** **Blüthner** 2 Thlr. 5 Pf. Von den Arbeitern der **H. Franke'schen** Pianofortefabrik 1 Thlr. 18 Gr. Freiwillige Steuer der Mitglieder der Internationalen Gewerkschaft der Holzarbeiter in der Versammlung am 2. ds. 1 Thlr. 4 Gr. Von den **Blasengehülfen** gesammelt und abgegeben durch **Arnold** 3 Thlr. 15 Gr.

Am 29. August 10 Thlr. nach Berlin abgeschickt, ebenso am 3. d. M. 10 Thlr. 10 Gr. 5 Pf. **Leipzig.** **Bruno Schrader.**

Duitung.
10 Thlr. durch **B. Schrader**, Leipzig, für die streikenden Tischler mit herzlichstem Dank erhalten. **Otto Richter**, prov. Vorsitzender Berlin, 31. August. der Strikelkommission der Berliner Tischler. Unter heutigem Datum 10 Thlr. 10 Gr. 5 Pf. von Leipzig durch **B. Schrader** mit herzlichem Dank erhalten. **Berlin, 4. Sept. 1871.**
Otto Richter, prov. Vorsitzender der Tischler-Strikelkommission.

Für die Inhabitanten und deren Familien
1 Thlr. 20 Gr. erhalten durch **Dehne** als freiwilliger Beitrag der **Breslauer** Parteigenossen. **B. Liebknecht.**
G. M. B. Dresden: 5 Thlr. **Die Expedition.**

Briefkasten
der Redaktion. **G. M. Königsberg:** Ihren Brief an den Ausschuss der Metallarbeiter beifolgt Erledigung gesandt. — **Ludewalbe:** Ueber den berechtigten **Büchener** finden Sie Aufklärung in Nr. 65 d. Bl. — **H. in B.:** Sie fragen, warum wir der **Ausweisung Neujahr's** aus **Oesterreich** nicht gedacht? Antwort: Weil wir glaubten, er sei allen Parteigenossen bekannt, und wir nicht gern im Schmutz wühlen. — **Weder in Genf:** Ihr dürft nicht böse sein, wenn wir die „**Egalité**“ weniger als sie es verdient und es unsere Pflicht war, berücksichtigt haben. Es fehlte uns bisher wirklich an der Zeit, größerer Artikel oder **Altenstücke** zu überlegen, die nicht ganz direkt auf die Pariser Kommune Bezug hatten. Ihr sollt aber in Zukunft keine Ursache mehr haben zu klagen. **Dein W. L. K. in B.:** Brief erh. für nächste Nummer. **M. in D.:** Dank. Sie werden die Notiz schon in voriger Nummer gefunden haben.

der Expedition: **Weller, Nürnberg: 1 Thlr.** für Schriften erh. — **L. Eisenach:** Brief erh. — **G. h. Bremen: 1 Thlr. 5 Gr.** erh. Bei der Adresse ist die Straße nicht leserlich. Es kommt überhaupt unangenehm oft vor, Namensunterschrift durch **Krazelei** in unglückliches Dunkel zu hüllen. Während sich der Inhalt eines Briefes, wenn unbedeutend geschrieben, aus dem Sinn ergibt, ist der Name, gerade das Nothwendigste zur Rückantwort, oft nicht zu entziffern. — **G. Schormader: 22 Gr.** für Schriften erh. **J. Tarnowicz: 11 gr.** für Abonnement erh. **G. h. Leipzig: 2 Thlr.** „**freiwilliger Beitrag für den Volkshaar**“ erhalten. **B. Gassel: 1 Thlr.** für Schriften erhalten. **K. Weimar: 11 Thlr.** erh.

Gesucht wird ein akkurater Tischler, unverheiratet und militärfrei, auf seine Holzarbeit, für dauernde Beschäftigung. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Für Weimar.
Jeden Dienstag Abends 8 Uhr findet im Gasthaus zum **Schwan** eine Versammlung der **internationalen gemischten Gewerkschaften** sowie der **sozial-demokratischen Arbeiter-Partei** statt, und richte ich an alle Freunde und Parteigenossen hier und Umgegend die Bitte, sich zu diesen Versammlungen pünktlich einzufinden. **G. Kettel, jun., d. B. Schriftführer.**

Für Hamburg.
Sozial-demokratischer Arbeiterverein.
Versammlung, Montag d. 11. September, Abends 9 Uhr, bei **Eberghahn**, Zeughausmarkt 31.
Tagesordnung: Vortrag von **Herrn Rose:** Geschichte der Arbeiterbewegung in **Oesterreich**.
Gäste haben Zutritt. Vor allem aber werden die Parteigenossen ersucht, mit ihren Freunden zu erscheinen. **August Geib.**

Für Köln.
Sonntag, den 10. September, große Volksversammlung: Fortsetzung der am 3. d. M. nicht erlebigen Tagesordnung. Lokal wird durch Plakate angezeigt. **J. A.: D. Fall.**

Aufforderung!
Die Vorstände oder Vertrauensmänner der Arbeitervereine von **Pegau, Borna, Lanfzig** und **Frohburg** werden freundlichst ersucht, ihre Adresse schriftlich an den Vertrauensmann sofort einzusenden. **David Hausmann** in **Geithain.**

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Die Mitglieder zu **Leipzig** versammeln sich jeden Montag Abends 8 Uhr im **Salon des Herrn Teuscher, Bühl 71.**
J. G. Munkwitz, Bevollmächtigter.
Leipzig: Verantw. Redakteur: A. Hepner (Redaktion: Peterssteinweg 13)
Druck u. Verlag: J. Thiele. (Expedition: Petersstr. 18.)